

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. täglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen und Abbestellungen sind zu versehen, unter Angabe der Zeitbestellung. Jeder Zeitbestellung ist ein Briefbogen beizufügen, auf dem die Zeitbestellung, der Name, die Adresse und die Zeitbestellung angegeben ist. Die Zeitbestellung ist zu versehen mit dem Namen der Zeitung, die Zeitbestellung ist zu versehen mit dem Namen der Zeitung, die Zeitbestellung ist zu versehen mit dem Namen der Zeitung.



Wilsdruff, Dresden

Verlagspreis: die halbpalme Raumeile 20 Rpf., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2spaltige Raumeile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Wochenspenden sind willkommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 302 — 92. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 29. Dezember 1933

Das Jahr 1933.

Ein Rückblick auf das Jahr der deutschen Wende.

NSK. Das Jahr 1933 ist für das deutsche Volk wie kein anderes ein schicksalhaftes Jahr gewesen. Vielleicht hat es Jahre gegeben, die gleich stark vom Tempo der politischen Ereignisse erfüllt waren. Ausschlaggebend ist die innere Wandlung, die sich im ganzen Volke vollzogen hat. Kein Jahr hat uns von dem bevorstehenden Zeitalter einen solchen Abstand gewinnen lassen wie das Jahr 1933. Das Jahr 1933 ist das Jahr einer inneren geistigen und politischen Wandlung unseres Volkes, ist das Jahr der deutschen Revolution.

Aberrierend bei der Tiefe dieses Vorganges ist die Klarheit und Gleichmäßigkeit der Entwicklung, wie sie in den äußeren Ereignissen dieser kurzen zwölf Monate zum Ausdruck kommt. Ein Jahr der kämpferischen Disziplin, ein Jahr beherrscht von einem einheitlichen politischen Willen.

Am der Wende des Jahres 1932 befand sich noch alles in einem Zustand der Unklarheit. Ein Chaos drohte. Der Bolschewismus benutzte die Unentschiedenheit und Schwäche des herrschenden Systems, um die letzten Vorbereitungen zu einem blutigen Umsturz zu treffen. So waren die ersten Wochen des Jahres 1933 erfüllt von fast elektrischer Spannung.

Am 1. Januar erließ Adolf Hitler seine Kampfparole für das Jahr 1933: „Ich bin aufs äußerste entschlossen, das Recht der Erstgeburt unserer Bewegung nicht für das Vinsengericht der Beteiligung an eine Regierung ohne Macht zu verkaufen.“ In Berlin aber verhandelte Reichkanzler von Schleicher mit den Marrißen über das weitere Schicksal seines Kabinetts.

Am 28. Januar mußte Schleicher, dessen Vorkriegszeit sprechbar geworden war, zurücktreten. Hindenburg beauftragte Papen, die Möglichkeit einer Regierung unter der Kanzlerschaft Hitlers festzustellen. Der „Vorwärts“ warnte vor diesem Schritt mit Streikdrohungen.

Am 30. Januar erfolgt die langersehnte Klärung: Adolf Hitler ist Reichkanzler. Wie ein Lauffeuer geht es durch Berlin, durch Deutschland, durch die Welt. Begeisterte Kundgebungen des Volkes vor der Reichskanzlei. Marsch der SA durch das Brandenburger Tor. Deutschland hat wieder zu sich selbst gefunden.

Dieser 30. Januar war der erste große Tag der Volkwerdung der Deutschen, die sich in diesem Jahre vollzog. Deutschland wurde zu einer Einheit. 17,2 Millionen Volksgenossen bekundeten sich am 5. März zum Nationalsozialismus, diese Reichstagswahlen brachten der neuen Staatsführung die absolute Mehrheit. Vier Tage später wurde der erste Schritt zur neuen Staatsgestaltung getan. Die Weimarer Verfassung, General von Epp wurde am 9. März Reichskommissar für Bayern. Reichskommissare in Baden, Württemberg, Sachsen und Lippe wahrten die Einheit der Reichspolitik.

Die Reichstagsberufung am 21. März in Potsdam wurde zu einem Bekenntnis von Regierung und Volk zu der Größe deutscher Geschichte und zu einer Verpflichtung auf die Zukunft, ein symbolischer Tag deutscher Wende. Am 31. März folgte in Fortsetzung dieser Linie das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder und Gemeinden und die Befestigung der Monopolstellung der marriistischen Gewerkschaften. Am 4. April wurde von H. Waltherr Darrés durch Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Verbände der Reichsnährstand gegründet. Das Reichstatthaltergesetz vom 7. April fasste den Weimarer Staatenbund zu einem Reich unter politisch einheitlicher Führung zusammen.

Die Befestigung der Klassengegensätze und inneren Zerrissenheit des Volkes fand am 1. Mai, am Tag der nationalen Arbeit, ihren feierlichen Ausdruck. Der Arbeiter war wieder eingegliedert in die Nation. Am folgenden Tage wurden sämtliche Gewerkschaftshäuser von der NSD. besetzt und die gewaltige Organisation der Deutschen Arbeitsfront geschaffen.

Die nächsten Wochen brachten dann die Überwindung des Parteienstaates. Am 21. Juni gliederte Selbste den Stahlhelm ein und unterstellte ihn am 4. Juli der Obersten SA-Führung. Am 22. Juni wurde die SPD verboten. Die Deutschnationale Front löste sich am 27. Juni, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei am 5. Juli selbst auf. Mit der Begründung des Preussischen Staatsrates in neuer Form am 8. Juli begann der Einbau der NSDAP in den Staat. Der Münchener Parteitag Anfang September wurde zu einem Reichstag deutscher Nation.

Daf die Deutschen ein Volk geworden sind, das kam am 10. November zum Ausdruck, als der Führer vor dem deutschen Arbeiter sein Bekenntnis zu Frieden und Ehre ablegte, das kam zum Ausdruck in dem minutenlangen, feierlichen Schweigen einer ganzen Nation. Zu der Volltätigkeit ihrer Regierung bekundeten sich am 12. November 40 Millionen Deutsche vor der gesamten Welt und wählten den ersten Reichstag ohne Parteien und Gruppen. Der Dreiflang Volk, Bewegung, Staat, auf dem das Dritte Reich aufbaut, wurde am 1. Dezember mit

Will Frankreich keinen wahren Frieden?

Die Pariser Antwort auf die deutschen Vorschläge.

Nach französischen Meldungen ist der Berliner französische Botschafter Francois-Poncet telegraphisch nach Paris berufen worden. Der Botschafter soll in den ersten Tagen des Januar die französische Gegenäußerung auf die deutschen Vorschläge dem Reichskanzler vorbringen und ihm dabei das Dokument übergeben. Wie schon wiederholt ist auch diesmal die Pariser Presse, anscheinend auf Grund von Indiskretionen, in der Lage, Angaben über den Inhalt der französischen Antwort zu machen, die — falls sie zutreffen sollten — auf eine Ablehnung der deutschen Vorschläge durch Frankreich schließen lassen.

Soweit man die Pariser Pressestimmen nicht als Vermutungen ansehen muß, versucht Frankreich danach ängstlich den Anschein zu vermeiden, als ob es absichtlich einen Abbruch der indirekten Verhandlungen mit Deutschland herbeiführen wolle.

Die Kernpunkte der französischen Denkschrift scheinen nach den bisherigen Meldungen darin zu liegen, daß Frankreich unter allerlei höflichen Umschreibungen sowohl die Kontrolle als auch einen Nichtangriffspakt und erst recht eine Erhöhung der Stärke der Reichswehr, sei es auch nur auf den geringen Stand von 300 000 Mann, rundweg ablehnt.

Was wäre wieder einmal echt französisch. Die Kontrolle war bis vor kurzem eine der wesentlichsten Forderungen Frankreichs; jetzt, wo sie von Deutschland als für alle verbindlich verlangt wird, lehnt Frankreich sie augenblicklich ab! Eine Erhöhung der Reichswehr selbst auf nur 300 000 Mann wird — immer nach den Äußerungen der Pariser Blätter — als „zu hoch“ bezeichnet, eine geradezu tolle Verkünderung aller Launen, wenn man bedenkt, daß die stärkste Armee der Welt, die französische,

allein 4,5 Millionen Mann ausgebildeter Reserven hat, für die sie sämtlich es Rüstungsmaterial einschließlich der schwersten Angriffswaffen bereitsteht! Nichts davon ist in Deutschland der Fall. Im übrigen wiederholt die französische Denkschrift, heißt es, lediglich die für Deutschland völlig unannehmbaren Vorschläge vom 14. Oktober, die bekanntlich den letzten Anlaß für Deutschlands Austritt aus dem sogenannten Völkerbund und der „Abrüstungskonferenz“ gaben. Völkerbund und Abrüstungskonferenz sind auch die einzigen Orte, wo Frankreich überhaupt verhandeln will; schon damit allein wäre das Urteil über die französische Denkschrift gegeben.

Die Pariser Presse stimmt übrigens den Gedankenängen ihrer Regierung durchaus nicht einmütig zu. So kennzeichnet die rechtsradikale „Volonté“, die schon wiederholt einer wirklichen Verständigung mit Deutschland das Wort geredet hat, die französischen Gegenanschläge als Zumutungen, die bereits von Deutschland zurückgewiesen seien; auch besetze gar kein Grund, den von Deutschland vorgeschlagenen Nichtangriffspakt nicht anzunehmen. Andere Blätter freilich fordern wieder einmal, man solle Deutschland einen Abrüstungsplan einfach aufzwingen.

Der belgische Außenminister Hymans, der zur Zeit in Paris weilte, hat sich nach Londoner Meldungen bereit erklärt, einem gewissen Maß des deutschen Rüstungsaußgleiches zuzustimmen.

Die englische Presse beurteilt die bisher bekanntgewordene Stellungnahme Frankreichs recht pessimistisch und spricht teilweise in verhüllter Form von französischen Manövern, mit denen man in Paris Zeit für die weitere Festigung der Bündnisse mit den Mitgliedern des französischen Staatenbundes gewinnen will.

Francois-Poncet bei Paul-Boncour.

Sperre der französischen Presse.

Der französische Außenminister Paul-Boncour empfing den französischen Botschafter in Berlin, Francois-Poncet und unterrichtete ihn über die Absichten der französischen Regierung. Er gab ihm alle erforderlichen Erklärungen über die in der Mitteilung über den Ministerrat erwähnte Denkschrift, die bekanntlich in großen Zügen von den Ministern gebilligt worden ist, und die zurzeit am Quai d'Orsay im einzelnen ausgearbeitet wird.

Die Besprechungen geben nach Ansicht Pariser diplomatischer Kreise dem am Mittwoch gefassten Beschluß des französischen Ministerrates eine besondere Note. Man erklärt, daß Francois-Poncet in den ersten Januartagen dem Reichskanzler an Hand der in Bearbeitung befindlichen Denkschrift den französischen Standpunkt in der „Abrüstungsfrage“ erläutern werde. Schon der Ausdruck „Abrüstung“ kennzeichne die Richtung, in der die französischen Vorschläge sich bewegen würden.

Das Thema „Keine Aufrüstung Deutschlands“, sondern allgemeine Abrüstung im Gense Rahmen“, wird deshalb auch von der Abendpresse variiert, wobei einige Blätter die auf angebliche Mitteilungen des Quai d'Orsay fußen nachdrücklich feststellen wollen, daß entgegen anderslautenden Nachrichten bei den neuen Vorschlägen, die Frankreich etwa machen könnte, von Ziffern noch keine Rede sei. Die meisten Blätter plädieren weiter für Genf.

der Ernennung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, und des Stabschefs der SA, Röhm, zu Reichsministern, vollendet.

Die ersten Monate der neuen Staatsführung waren beherrscht von Maßnahmen, die eine einheitliche politische Führung des ganzen Volkes ermöglichen, die bolschewistische Gefahr beseitigen, und schließlich dort sofortige Linderung bringen sollten, wo sich die Fehler des vergangenen Systems am schärfsten und härtesten auswirkten. Am 18. Februar wurde die Notverordnung über die Milderung sozialer Härten erlassen, Hilfe für Kleinrentner und Kriegsbeschädigte gebracht, Mittel für Kleinfelder zur Verfügung gestellt und durch Reichskommissar Ruff die Schulen, besonders im gefährdeten Berlin, vom Marxismus gereinigt.

Kommunistische Unruhen in einzelnen Städten, die Entdeckung der Katakomben im Karl-Liebknecht-Haus wiesen noch einmal auf die Gefahr hin, in der Deutschland schwebte. Das Fanal des Reichstagsbrandes am 27. Februar lenkte die Aufmerksamkeit der Welt auf die Gefahr des Bolschewismus. Am anderen Tage trat die Notverordnung zum Schutze des deutschen Volkes in Kraft. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April einigte die Verwaltung.

Systematisch wurde vom Staat der Kampf gegen die wirtschaftliche Not, gegen die Geißel der Arbeitslosigkeit geführt. Am 1. Juni erließ die Regierung das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Bereits am 15. August wurde Ostpreußen frei von Arbeitslosen. Ungefähr gleichzeitig sank die Ziffer der Erwerbslosen unter den Stand von 1931. Am 13. September eröffnete der Führer das gewaltige Winterhilfswerk mit einem Aufruf, den das ganze Volk mit einem bis dahin beispiellosen Opferstimm und einem Gefühl der blut- und schicksalsverbundenen Kameradschaft folgte. Die Arbeitslosigkeit aber wurde trotz der Unlust der Jahreszeit im November bis zum Stand von 1930 um zwei Millionen zurückgedrängt.

Der 1. Mai, der Tag der nationalen Arbeit, brachte zugleich auch die Verkündung des gewaltigen Aufbauprogramms der Reichsregierung. Am 8. Mai wurde die Dichteralademie neuorganisiert. Preußen erließ am 15. Mai das neue Erbhofrecht, das nach der Ernennung Darrés zum Reichsminister die Grundlage zum Reichserbhofgesetz gab. Im Juni gründete Justizminister Frant die Akademie für Deutsches Recht. Am 30. Juni wurde das Reichsautobahngesetz erlassen und bereits am 23. September konnte der Führer den ersten Spatenstich zu Beginn der Arbeiten tun. Zur Verhütung erkrankten Nachwuchses erließ die Regierung am 26. Juli ein grundlegendes Gesetz. Am 22. September folgte das Reichskulturkammergesetz, am 28. September berief die Nationalkonferenz den ersten Reichsbischof. Schließlich nahm am 27. November die Deutsche Arbeitsfront ihr großes Kulturwerk „Nach der Arbeit“ in Angriff.

Deutschland hat sich innerlich gewandelt und gefestigt. Das konnte nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis zu den anderen Nationen bleiben. Am 15. Juli wurde der Viermächtepakt zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien feierlich unterzeichnet. Am 20. Juli folgte das Reichskonkordat. Am 14. Oktober verließ Deutschland die Abrüstungskonferenz und trat aus dem Völkerbund aus. Das gewaltige Volksbekenntnis vom 12. November hatte außenpolitisch eine Auflockerung zufolge, die ihren Ausdruck in den Besprechungen des Reichskanzlers mit den diplomatischen Vertretern Polens und Frankreichs Ende November und in dem italienischen Staatsbesuch in Berlin Anfang Dezember fand.

Wir stehen mitten im Gesundungsprozess eines großen Volkes. Wir stehen erst an einem Teilabschnitt des großen, am 1. Mai in seinen Grundzügen vom Führer dargelegten Vierjahresplanes. Und doch, das entscheidende Jahr liegt hinter uns, in dem die geistige und wirtschaftliche Grundlage geschaffen wurde für das Werk des Wiederaufbaues. 1933 war das Jahr der deutschen Wende.

Gerhard Krüger